



AUTOR



Prof. Dr. Thomas Straubhaar
Direktor des HWWI und Profes-
sor an der Universität Hamburg
Tel: 040 - 34 05 76 - 100

WTO

Das Ende der WTO

Wie Ertrinkende nach dem Strohalm haben Politiker aus Nord und Süd nach einem Kompromiss für die Welthandelsorganisation (WTO) gegriffen. Mit Tränen in den Augen und Rührung in der Stimme verkündeten sie von der indonesischen Ferieninsel Bali, dass sich die Handelsminister von 159 Ländern nach jahrelangen Verhandlungen auf ein neues Abkommen verständigt hätten. So erfreulich auf den ersten Blick die Einigung von Bali auch scheint, so bescheiden wird das Ergebnis bei genauerer Betrachtung. Beschlossen wurden:

- Handelserleichterungen für alle durch einen Abbau bürokratischer Einfuhrhemmnisse
- weitere Handelsvorteile für Entwicklungsländer im Agrarbereich durch die Abschaffung von Exportsubventionen und
- eine zusätzliche finanzielle (Handels-) Förderung zugunsten der am wenigsten entwickelten Länder dank eines besseren Zugangs zu den Märkten der Industrie- und Schwellenländer.

Erhofft wird vom Bali-Abkommen, dass der Welthandel damit neuen Schwung erhält. Milliarden Dollar von Kosteneinsparungen und Millionen neuer Jobs werden erwartet. Besonders profitieren dürften jene Länder, die international stark verflochten sind. So auch Deutschland. Deshalb wird auch hierzulande das Wunder von Bali gefeiert. Zu früh, denn der Kompromiss kommt zu spät. Bali steht nicht für den Anfang einer neuen WTO. Im Gegenteil: Die WTO ist am Ende. Gerade Bali hat gezeigt, dass das Konzept der Einstimmigkeit keine Zukunft hat.

Wenn Länder, die in Abschottung leben (Kuba), oder die von offenen Märkten eh nichts wissen wollen (Venezuela) mit ihrem Veto jederzeit und überall die WTO blockieren können, wird sich wenig bewegen lassen.

Indien, Kuba, Venezuela, Bolivien und Nicaragua haben auf Bali klar gemacht, wie groß das Erpressungspotenzial ist, wenn Einstimmigkeit gilt. Der Preis einer Deblockierung ist nun fixiert. In Zukunft wird es mit Sicherheit nicht billiger, sondern teurer werden, weitere Kompromisse zu finden.

Wenn es nur ein „alles oder nichts“ gibt, also keine einzelnen Sektoren oder Themen gesondert, sondern nur sämtliche Dossiers in einer großen Schlussabstimmung en bloc entschieden werden können, solange also ein einzelnes Land alles verhindern kann, selbst wenn alle anderen dafür sind, solange wird die WTO den Anschluss an die Wirklichkeit verlieren. Und weil ein Übergang zu einem Verfahren der Mehrheitsentscheidung der Einstimmigkeit bedarf, wird sich daran auch nichts ändern lassen.

Viel zu viel Zeit und Aufwand wurde und wird in den WTO-Abkommen dem Agrarsektor gewidmet. Dieser Bereich ist für einzelne Länder von existenzieller Bedeutung (Indien). Für andere Staaten (Deutschland) erreichen die Handelsströme von Nahrungsmitteln in die ärmeren Länder des Südens gemessen am gesamten Handelsvolumen nur einen vergleichsweise marginalen Anteil ihrer internationalen Aktivitäten (für Deutschland weniger als 6%). Hier würden gezielte bilaterale

Verhandlungen im gegenseitigen Interesse eher helfen als multilaterale Kompromisse, die dem Einzelfall eh nicht gerecht werden können.

Ausnahmen („*peace clause*“), wie sie nun verständlicherweise für Indien getroffen wurden, erhalten – als Folge des Einstimmigkeitsprinzips – nahezu Ewigkeitscharakter. Sollte Indien im Bereich der Versorgungssicherheit mit Nahrungsmitteln einer dauerhaften Lösung nicht zustimmen, wird das Provisorium zum Dauerzustand, was auch nicht die Regel werden kann.

Viel zu wenig Gemeinsamkeit findet sich bei den Dienstleistungen. Dabei ist der internationale Dienstleistungshandel zum eigentlichen Schlüsselfaktor der Globalisierung geworden. Ein freierer Marktzugang für das Engineering, also das Gewusst wie, wann und wo wird zunehmend Voraussetzung für den Güterhandel. Im Bereich der industrienahen Dienstleistungen, der Forschung und Entwicklung neuer Problemlösungen, der Finanzierung und Versicherung von Infrastruktur, der Inbetriebnahme und der *After Sales* Leistungen für Anlagen, der Erneuerung und Modernisierung von Maschinen liegen die Geschäftsfelder, die dem Welthandel nachhaltig langen Schwung verleihen können. Über diese Zukunftsfelder des Welthandels wurde in Bali keine Einigung erzielt.

Das Handelsabkommen von Bali weckt Hoffnungen, die nicht erfüllt werden können. Denn beschlossen wurden vorerst nichts mehr als Absichtserklärungen. Wie weit die Versprechungen tatsächlich umgesetzt werden, bleibt zunächst noch offen. Für Konkretisierung, Umsetzung und Ratifizierung der Bali-Abkommen wurden auf der Zeitachse weite Spielräume geschaffen. Wahre Glaubwürdigkeit sieht anders aus.

Die Nachkriegszeit ist dem Prinzip der multilateralen Handelsabkommen gefolgt. Erst das *General Agreement on Tariffs and Trade* (GATT) und später die WTO waren die politischen Wegbereiter der Globalisierung. Mit überragendem Erfolg wurden weltweit nationale Gütermärkte für den internationalen Wettbewerb geöffnet. Die fortschreitende Arbeitsteilung ermöglichte eine immer weitergehende Spezialisierung. Ein stetig wachsender Anteil der Produktion wurde auf den Weltmärkten verkauft. Mitte der 1980er Jahre wurden 18 % der Weltproduktion (Güter und Dienstleistungen) international gehandelt. 2012 waren es 32 %.

Die Welt hat sich in den letzten 20 Jahren dramatisch verändert. Nicht aber die Strukturen der WTO. Sie sind seit ihrer Gründung 1995 nahezu unverändert geblieben. Nun zeigt sich mit Blick auf die Erfolge der Vergangenheit ein trauriges Ergebnis: der mul-

tilaterale Weg ist an sein Ende gelangt. Spätestens seit der Finanzmarktkrise findet sich zunehmend mehr Sand im Getriebe des Welthandels. Die aufstrebenden Volkswirtschaften wollen mehr Mitsprache und weniger westliche (amerikanische) Bevormundung. Sie wollen bei der Gestaltung der Spielregeln der Globalisierung mitbestimmen. Dabei zeigt sich immer deutlicher, wie unterschiedlich die Interessen in den aufstrebenden und den westlichen Ländern sind. Immer seltener gelingt es, gemeinsam weltweit gültige Kompromisse zu finden.

Eine Verlängerung des multilateralen Liberalisierungsweges wäre nur unter großen Mühen und kleinen Fortschritten möglich. Eine schlichte Kosten-Nutzen-Rechnung verdeutlicht, dass die an sich beste Option politisch nicht mehr gangbar ist. Stattdessen werden zweitbeste Lösungen attraktiver. Sie finden sich in regionalen oder bilateralen Handelsabkommen – wie beispielsweise die transatlantische Partnerschaft (TTIP) zwischen den USA und der EU. Man mag das Ende der WTO und des multilateralen Verhandlungsweges bedauern. Klüger aber wäre es, sich diesen Wandel einzugestehen. Denn selbst wenn die alten Wege für alte Zeiten sehr erfolgreich waren, erfordern neue Zeiten neue Lösungen.

Dieser Beitrag erschien am 9. Dezember 2013 auf „Die Welt“ (www.welt.de).